

Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

vom 27. Februar 2018¹

Gemäß § 8 und § 63 Abs. 2 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 23. Februar 2018 folgende Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg beschlossen.

I. Allgemeines	1
§ 1 Grundsätze	1
§ 2 Allgemeine Verfahrensregeln	1
§ 2a Kommunikation / E-Mail-Nutzungspflicht.....	2
II. Zulassung und Immatrikulation.....	2
§ 3 Zulassungsantrag.....	2
§ 4 Immatrikulationsverfahren	3
§ 5 Studienunterlagen, Studiausweis	4
III. Rückmeldung.....	4
§ 6 Allgemeines.....	4
§ 7 Rückmeldeverfahren.....	4
§ 8 Vollzug der Rückmeldung.....	4
IV. Beurlaubung.....	4
§ 9 Beurlaubung.....	4
V. Exmatrikulation.....	5
§ 10 Exmatrikulation	5
§ 11 Vollzug der Exmatrikulation	5
VI. Besondere Personengruppen.....	5
§ 12 Doktorand*inn*en	5

§ 13 Kurzzeitstudium (Gaststudierende).....	5
§ 14 Gasthörer*innen.....	5
§ 15 Kontaktstudium	5
VII. Sonstiges	5
§ 16 Migrierte Lehrkräfte	5
§ 17 Befristete Forschungsaufenthalte	5
§ 18 Meldepflichten.....	5
§ 19 Nachfristen.....	6
VIII. Schlussvorschriften.....	6
§ 20 Inkrafttreten	6

I. Allgemeines

§ 1 Grundsätze

- (1) Die Einschreibung (Immatrikulation) als Studierende*r begründet die Mitgliedschaft in der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg mit allen Rechten und Pflichten, die sich aus dem Landeshochschulgesetz, dieser Satzung und anderen Rechtsvorschriften – insbesondere den Studien- und Prüfungsordnungen – ergeben.
- (2) Studierende, die an einer anderen Hochschule immatrikuliert sind, können in der Regel nicht zugleich an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg immatrikuliert werden. Dies gilt nicht, soweit eine Prüfungsordnung eine Mehrfachimmatrikulation vorsieht. Vereinbarungen mit anderen Hochschulen über gemeinsame Studiengänge (§ 6 Abs. 1 LHG) bleiben unberührt.

§ 2 Allgemeine Verfahrensregeln

- (1) Studierende und Studienbewerber*innen sind verpflichtet, die von der Hochschule bereit gestellten Online-Funktionen einzusetzen und Anträge elektronisch zu stellen. Dies betrifft insbesondere die Online-Bewerbung, die Online-Einschreibung, die Online-Rückmeldung und den Online-Bescheinigungsdruck über das Hochschulportal Lehre, Studium, Forschung (LSF) sowie weitere Anträge im Verlauf des Studiums. Für begründete Härtefälle sind Ausnahmeregelungen vom Onlineverfahren zu treffen. Über das Vorliegen eines Härtefalls entscheidet die Studienabteilung bzw. das Prüfungsamt je nach Zuständigkeit.
- (2) Anträge und antragsbegründende Unterlagen sind in der von der Hochschule für die weitere Bearbeitung geforderten Form vorzulegen; bei einer elektronischen Aktenführung kann dies z.B. bedeuten, dass Dokumente in gescannter Form bereitgestellt werden. Zeugnisse sind bei der Bewerbung bzw. Einschreibung in amtlich beglaubigter Kopie einzureichen². Nachweise müssen die ausstellende Stelle erkennen lassen. Besondere Umstände, die einen Antrag begründen, sind schriftlich darzustellen und durch Nachweise zu belegen. Auf

¹ Die nachstehend aufgeführte Änderung ist in die Arbeitsfassung eingearbeitet:

1. Änderung vom 9. Mai 2019 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 21/2019, S. 39)
2. Änderung vom 25. Mai 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 49/2020, S. 169)
3. Änderung vom 8. Mai 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 35/2020, S. 150)
4. Änderung vom 28. Juli 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 59/2020, S. 189)
5. Änderung vom 9. September 2020 (Amtliche

- Bekanntmachungen der PH LB Nr. 71/20, S. 221)
6. Änderung vom 13. Dezember 2021 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 54/21, S. 121)
7. Änderung vom 5. Februar 2025 (Amtliche Bekanntmachungen der PH LB Nr. 2/2025, S. 3)

² Wird die Bewerbung vollständig in elektronischer Form mit elektronischen Formularen und eingescannten Dokumenten durchgeführt, kann sich der Nachweis antragsbegründender Dokumente in beglaubigter Form gemäß § 3 Abs. 4 von der Bewerbungs- in die Einschreibungsphase verlagern.

Aufforderung ist ein gültiger Ausweis vorzulegen; bereits immatrikulierte Studierende legen ihren Studierendenausweis/Chipkarte vor.

- (3) Soweit ein*e Antragsteller*in verhindert und Vertretung zulässig ist, kann die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person erfolgen, die ihre Vollmacht schriftlich nachzuweisen hat. Die eigenhändige Unterschrift muss von der bzw. dem Vertretenen bis zur ersten Vorlesungswoche nachgeholt werden.
- (4) Bei der Bewerbung für einen konsekutiven Masterstudiengang, ist das Bachelorzeugnis bzw. das Transcript of Records mit 180 ECTS als Nachweis des abgeschlossenen Bachelorstudiums (falls das Zeugnis erst zu einem späteren Zeitpunkt erstellt wird) spätestens bis 31.10. (Wintersemester) bzw. 31.05. (Sommersemester) bei der Studienabteilung einzureichen. Eine Paralleleinschreibung in einem Erweiterungsfach (Zertifikatsstudium) ist gemäß der entsprechenden Zertifikatssatzung für die Dauer der Einschreibung im regulären Hauptstudium möglich.

§ 2a Kommunikation / E-Mail-Nutzungspflicht

- (1) Die Übermittlung der Daten zwischen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und Bewerbenden, Studierenden sowie Promovierenden erfolgt in der Regel auf elektronischem Wege (elektronische Kommunikation). Dies betrifft insbesondere Mitteilungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Zulassung, Immatrikulation, Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation, die Informationen über wichtige Daten, Fakten und Ereignisse sowie die Bekanntgabe von Verwaltungsakten (Bescheiden).
- (2) Zu diesem Zweck wird für Bewerbende, Studierende sowie Promovierende ein Benutzerkonto im Studierendenportal der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eingerichtet. Für die Dauer der Immatrikulation an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg erhalten Studierende und Promovierende eine individualisierte hochschulbezogene E-Mail-Adresse. Sie sind verpflichtet, das Benutzerkonto sowie die hochschuleigene E-Mailadresse (bzw. im Bewerbungsverfahren die angegebene E-Mail-Adresse) zu nutzen und regelmäßig abzufragen, da der auf das Studium bezogene Mailkontakt zwischen Lehrkörper und den Studierenden während des Studiums bis zur Exmatrikulation ausschließlich über die E-Mailadresse der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg erfolgt.
- (3) In Einzelfällen kann auf Antrag von der Nutzungspflicht befreit werden, wenn die Nutzung aus bestimmten Gründen unzumutbar ist.
- (4) Die Bekanntgabe von Bescheiden richtet sich nach den Vorschriften des § 41 a LHG und § 36 Hochschulzulassungsverordnung.

II. Zulassung und Immatrikulation

§ 3 Zulassungsantrag

- (1) Der formgerechte und vollständige Antrag auf Zulassung für alle grundständigen Studiengänge, für die Zulassungszahlen festgesetzt sind, ist einzureichen:
 - für das Sommersemester bis zum 15. Januar (Ausschlussfrist),
 - für das Wintersemester bis zum 15. Juli (Ausschlussfrist).

Diese Fristen gelten auch für Anträge, mit denen ein Anspruch auf Zulassung außerhalb der festgesetzten Zulassungszahl geltend gemacht wird.

In Studiengängen ohne Zulassungsbeschränkung ist der Antrag auf Zulassung/Immatrikulation

 - für das Sommersemester bis zum 15. Januar,
 - für das Wintersemester bis zum 15. Juli zu stellen.

- (2) Für Masterstudiengänge, insbesondere für die Lehramts-Masterstudiengänge und für die weiterbildenden Masterstudiengänge gelten teilweise abweichende, frühere Bewerbungsfristen, die in der jeweiligen Zulassungssatzung bzw. in den Bewerbungsunterlagen festgelegt sind.
- (3) Bei den Bachelorstudiengängen, die nicht zum Lehramt führen, und einem Teil der Masterstudiengängen gibt es nur einen jährlichen Zulassungs- bzw. Einschreibungstermin zum Wintersemester, welcher in der jeweiligen Auswahl- bzw. Zulassungssatzung bzw. in den Bewerbungsunterlagen festgelegt ist.
- (4) Studienbewerber*innen richten ihre Anträge auf der bereit gestellten web-basierten Bewerbungsplattform mit den offiziellen Formularen an die

Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
Studienabteilung
Postfach 220
71602 Ludwigsburg

Eine Antragstellung per Fax ist nicht zulässig.

Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine amtlich beglaubigte Abschrift oder amtlich beglaubigte Fotokopie des Reifezeugnisses oder der sonstigen Hochschulzugangsberechtigung (§ 58 LHG).

Bei ausländischen Bildungsnachweisen deutscher Studienbewerber*innen ist die Bescheinigung über die Feststellung der Gleichwertigkeit der Vorbildung mit Angabe der Durchschnittsnote durch das Kultusministerium oder die zuständige Stelle des Landes beizufügen, in welchem der Wohnort liegt. Wurde die Prüfung der Gleichwertigkeit auf die Hochschule übertragen, so prüft die Hochschule selbst. Internationale Bewerber*innen mit ausländischen Zeugnissen fügen das Zeugnis in der Originalsprache in amtlich beglaubigter Kopie bei. Ist das ausländische Zeugnis nicht in Englisch oder Französisch ausgestellt, so ist weiterhin eine Übersetzung in die deutsche oder englische Sprache in amtlich beglaubigter Fotokopie einzureichen. Diese Bescheinigungen sind der Hochschule zusammen mit dem Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung vorzulegen;

2. ein Nachweis der bestandenen Aufnahmeprüfung für das Studium der Fächer Kunst, Musik und Sport nach § 58 Abs. 5 und 6 LHG (Studierfähigkeitsnachweis für das Fach);
3. ein Lebenslauf mit der Darstellung des bisherigen Werdegangs in tabellarischer Form sowie bei bestimmten Studiengängen und Fächern ggf. ein Motivationsschreiben;
4. eine Bescheinigung über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Ausbildungsberuf oder eine praktische Tätigkeit, soweit dies durch Satzung nach § 58 Abs. 7 LHG für bestimmte Studiengänge vorgeschrieben ist;
5. für das Studium in einem Lehramts-Bachelorstudiengang den Nachweis einer Teilnahme am Lehrerorientierungstest gemäß § 60 Abs. 2 Nr. 6, 3. Halbsatz LHG; die Einzelheiten regelt die Satzung über das Studienorientierungsverfahren der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg; für das Studium in einem anderen Bachelorstudiengang oder einem anderen grundständigen Studiengang außerhalb der Lehramtsstudiengänge den Nachweis einer Teilnahme an einem Studienorientierungsverfahren gemäß § 60 Abs. 2 Nr. 6, 1. Halbsatz LHG; die Einzelheiten regelt die Satzung über das Studienorientierungsverfahren der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg;

6. ein Nachweis von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüssen aus dem Ausland mit Auflistung der ECTS-Leistungspunkte bzw. Transcript of Records;
 7. eine Erklärung darüber, ob für den beantragten Studiengang eine frühere Zulassung erloschen ist, weil Bewerber*innen eine Prüfung in dem Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder der Prüfungsanspruch nicht mehr besteht (§ 60 Abs. 2 Nr. 2 LHG);
 8. eine Erklärung darüber, ob ein Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis besteht oder die bzw. der Antragsteller*in sonst beruflich tätig ist sowie eine Bescheinigung der Dienststelle oder des Arbeitgebers darüber, wie viel Zeit (Stunden/Woche) die Tätigkeit beansprucht (§ 60 Abs. 2 Nr. 4 LHG);
 9. ein Antrag zur Festsetzung der Fachsemesterzahl und Bestimmung anrechenbarer Studien- und Prüfungsleistungen bei vorhandenen Vorstudienzeiten eine Bescheinigung des zuständigen vorigen Prüfungsamtes darüber, ob und in welchem Umfang anrechnungsfähige Studienleistungen und Studienzeiten vorliegen;
 10. im Falle eines Wechsels des Studiengangs im dritten oder einem höheren Semester ein schriftlicher Nachweis über eine auf den angestrebten Studiengang bezogene studienfachliche Beratung (§ 60 Abs. 2 Nr. 5 LHG);
 11. für die Zulassung zu einem Aufbau- oder Masterstudium der Nachweis eines abgeschlossenen Hochschulstudiums sowie sonstige Nachweise über die durch Zulassungssatzung bestimmten weiteren Voraussetzungen (§§ 31 Abs. 2, 29 Abs. 2 Satz 3 LHG). Wer ein konsekutives Masterstudium an der PH Ludwigsburg anschließen möchte, muss bereits aus dem Bachelorstudium vorhandene Unterlagen wie die Hochschulzugangsberechtigung nicht erneut einreichen, da die Studierendendatei fortgeführt wird;
 12. für ein Parallelstudium und für Teilzeitstudiengänge die nach § 60 Abs. 2 Nr. 4 LHG erforderlichen Nachweise;
 13. eine Erklärung darüber, ob und für welchen Studiengang eine Immatrikulation an einer anderen Hochschule vorliegt (§ 60 Abs. 1 S. 1 LHG).
- (5) Internationale und staatenlose Studienbewerber*innen haben dem Antrag außer den in Abs. 3 Nr. 2 bis 10 genannten Nachweisen zusätzlich beizufügen:
1. eine amtlich beglaubigte Fotokopie einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung oder eines ausländischen Bildungsnachweises gemäß den Bewertungsvorschlägen der Kultusministerkonferenz - Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen -; falls die Zeugnisse nicht in deutscher, englischer oder französischer Sprache abgefasst sind, ist eine amtlich beglaubigte Übersetzung in einer dieser Sprachen vorzulegen,
 2. beglaubigte und ggf. übersetzte Nachweise über bisherige Studienleistungen,
 3. eine Darstellung des bisherigen Werdegangs mit vollständigen tabellarischen Angaben über die bisherige Ausbildung,
 4. ein Nachweis über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (§ 60 Abs. 3 Nr. 1 LHG).
- (6) Führt die Hochschule in zulassungsbeschränkten Studiengängen ein Auswahl- oder Zulassungsverfahren durch, so sind die von der Hochschule durch Satzung bestimmten Unterlagen dem Antrag beizufügen.
- (7) Bei der Teilnahme am Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung gemäß § 7 HVVO können bei zulassungsbeschränkten Studiengängen gemäß § 3 S.1 HVVO bis zu drei Zulassungsanträge für die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg parallel gestellt werden. Im Verfahren der Stiftung kann in Bezug auf alle gestellten Anträge eine Präferenzreihenfolge angegeben werden. Gemäß § 3 S. 2 HVVO kann die Teilnahme am Auswahlverfahren gemäß § 10 HVVO auf die beiden erstgenannten Anträge beschränkt werden.
- § 4 Immatrikulationsverfahren**
- (1) Bei zulassungsbeschränkten Studiengängen ist der Antrag auf Immatrikulation innerhalb der im Zulassungsbescheid festgesetzten Frist (Ausschlussfrist) schriftlich bei der Pädagogischen Hochschule einzureichen. In begründeten Einzelfällen, insbesondere bei schwierigen Sachverhalten, kann die Pädagogische Hochschule das persönliche Erscheinen in der Studienabteilung verlangen, wenn dies zur Klärung der Immatrikulationsvoraussetzungen erforderlich ist. Ausländische Staatsangehörige und Staatenlose haben zum Zwecke der Immatrikulation persönlich zu erscheinen. Bei Studiengängen, die ein Anrechnungsverfahren voraussetzen, weil sie erst in einem höheren Fachsemester studiert werden können, wird wie bei zulassungsbeschränkten Studiengängen verfahren; die Immatrikulation setzt auch in diesen Fällen eine Entscheidung über die Zulassung voraus. Bei Masterstudiengängen sind die Regelungen in den entsprechenden Zulassungssatzungen zu berücksichtigen.
 - (2) Wird bei konsekutiven Masterstudiengängen im Übergang von der Bachelor- zur Masterphase eine vorübergehende Parallelschreibung gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit der jeweiligen Auswahl- oder Zulassungssatzung aus zeitlichen Gründen ermöglicht, erfolgt die Zulassung bzw. Immatrikulation in das Masterstudium unter Vorbehalt. Wird innerhalb der Frist der Bachelorabschluss nicht nachgewiesen, ist die Master-Immatrikulation hinfällig.
 - (3) Hinsichtlich Fristen für die Immatrikulation bei Studiengängen ohne Zulassungsbeschränkung gilt § 3 Abs. 1 Satz 3. Über die Gewährung einer Nachfrist bei diesen Fällen entscheidet die Hochschule zum Zeitpunkt des Fristablaufs.
 - (4) Dem Immatrikulationsantrag sind beizufügen:
 1. die vollständig ausgefüllten Einschreibungsformulare,
 2. von Bewerber*innen in grundständigen Studiengängen, die vorher an anderen Hochschulen studiert haben, die Exmatrikulationsbescheinigungen der zuvor besuchten Hochschulen,
 3. eine von der zuständigen Krankenkasse aufgrund des Gesetzes über die Krankenversicherung der Studierenden ausgestellte Versicherungsbescheinigung,
 4. bei Studiengängen, deren Durchführung mehreren Fakultäten zugeordnet ist, die Erklärung darüber, in welcher Fakultät Bewerber*innen wählbar und wahlberechtigt sein wollen (§ 22 Abs. 3 LHG),
 5. von internationalen und staatenlosen Studienbewerber*innen der Nachweis einer Aufenthaltsgenehmigung oder Aufenthaltserlaubnis-EU, die zur Aufnahme

eines Studiums berechtigt oder dieses nicht ausschließt (§ 60 Abs. 5 Nr. 4 LHG).

6. bei Erweiterungsfächern der Nachweis über das Bestehen der relevanten Modul-1-Prüfungen bzw. der akademischen Vorprüfung und ggf. das Ergebnis des Auswahlgesprächs.

- (5) Die Immatrikulation wird durch die Aufnahme der bzw. des Studierenden in das Studierendenregister vollzogen, wenn der Hochschule sämtliche Unterlagen vorliegen und die Studiengebühr, der Beitrag für das Studentenwerk sowie der Verwaltungskostenbeitrag, der Beitrag für die Studierendenschaft und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen auf dem Konto der Hochschule eingegangen sind. Sofern nichts anderes bestimmt wird, wird die Immatrikulation mit Beginn des Semesters wirksam. Studierende erhalten als Bestätigung der vollzogenen Immatrikulation einen Studenausweis und bei Bedarf ein Studienbuch.

§ 5 Studienunterlagen, Studenausweis

- (1) Das Studienbuch wird bei individuellem Bedarf während des Studiums ausgegeben zu Dokumentationszwecken spezieller Studiensachverhalte. Darin können neben den Semesterblättern für jedes Semester der Bescheid über die Zulassung, Nachweise über Modulprüfungen, Auslandssemester, Urlaubssemester, über einen Fächerwechsel sowie der Nachweis über die Exmatrikulation abgeheftet werden. Die Erstellung der Studienunterlagen (Semesterblatt, Immatrikulationsbescheinigungen) erfolgt nach Einschreibung bzw. Rückmeldung über das Hochschulportal LSF.
- (2) Die multifunktionale Chipkarte für Studierende wird im Zuge der Immatrikulation ausgehändigt und stellt den Studierendenausweis dar, welcher für das gesamte Studium als Mitgliedsausweis dient. Die Chipkarte ist mit Namen, Vornamen und Matrikelnummer der Studierenden versehen und muss Semesterweise an den Hochschulterminals mit einem Gültigkeitsaufdruck versehen werden. Gleichzeitig stellt die Chipkarte den Bibliotheksausweis dar und fungiert als Geldkarte in der Mensa sowie als Dokument für den Erwerb des Semestertickets bei den Verkehrsbetrieben.

III. Rückmeldung

§ 6 Allgemeines

- (1) Will die bzw. der Studierende das Studium im folgenden Semester fortsetzen, hat sie bzw. er sich fristgerecht jeweils für das folgende Semester ordnungsgemäß zurückzumelden. Der Termin für die Rückmeldung (Rückmeldefrist) wird hochschulöffentlich bekannt gemacht.
- (2) Melden sich für das folgende Semester nicht beurlaubte Studierende trotz Aufforderung unter Fristsetzung nicht ordnungsgemäß zurück, können sie nach vorheriger Androhung der Maßnahme von Amts wegen exmatrikuliert werden, es sei denn, sie haben das Versäumnis nicht zu vertreten.

§ 7 Rückmeldeverfahren

Die Rückmeldung gilt durch die fristgerechte Bezahlung der Studiengebühr, des Beitrags für das Studentenwerk sowie des Verwaltungskostenbeitrags, des Beitrags für die Studierendenschaft und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen als ordnungsgemäß erklärt. Sie erfolgt in der Regel online über das Hochschulportal LSF auf dem Wege des Lastschriftinzugsverfahrens.

§ 8 Vollzug der Rückmeldung

- (1) Die Rückmeldung erfolgt durch Fortschreibung des Datensatzes im Studierendenregister. Die Studierenden

können sich nach erfolgter Rückmeldung ihre Studienunterlagen für das Folgesemester ausdrucken.

- (2) Die Rückmeldung darf nicht vollzogen werden, wenn eine Exmatrikulation zu erfolgen hat.

IV. Beurlaubung

§ 9 Beurlaubung

- (1) Beurlaubungsgründe:

Auf Antrag können Studierende beurlaubt werden, die

1. an einer ausländischen Hochschule oder einer Sprachschule studieren wollen,
 2. als Fremdsprachenassistent/in oder Schulassistent/ in im Ausland tätig sein wollen,
 3. eine praktische Tätigkeit aufnehmen, die in einer Prüfungsordnung vorgeschrieben ist, oder die dem Studienziel dient,
 4. wegen Krankheit keine Lehrveranstaltungen besuchen können und bei denen die Krankheit die Erbringung der erwarteten Studienleistungen verhindert,
 5. Schutzzeiten entsprechend § 3 Absatz 1 Mutterschutzgesetz, Elternzeit entsprechend § 15 Absätze 1-3 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Anspruch nehmen können,
 6. für Zeiten der Pflege einer/eines nahen Angehörigen i. S. v. § 7 Absatz 3 des Pflegegesetzes (Ehegatten, Lebenspartner, Verwandte in gerader Linie, Verschwägte ersten Grades) die oder der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14 und 15 des SGB XI, ,
 7. sonstige wichtige Gründe für eine Beurlaubung geltend machen.
- (2) Eine Beurlaubung von Erstimmatrikulierten ist nicht zulässig, es sei denn, es besteht ein Beurlaubungsgrund nach § 9 Abs. 1 Ziff. 5 und 6 oder es tritt ein unvorhersehbarer Härtefall nach Aufnahme des Studiums ein.
 - (3) Die Beurlaubung ist auf dem dafür vorgesehenen Formular mit den erforderlichen Nachweisen zu beantragen; auf Verlangen der Pädagogischen Hochschule sind nach Beendigung der Beurlaubung ergänzende Unterlagen zum Nachweis des Beurlaubungsgrundes vorzulegen. Wenn der Bescheinigungssatz für das Urlaubssemester bereits ausgefertigt wurde, ist er mit dem Urlaubsantrag vollständig vorzulegen.
 - (4) Der Antrag auf Beurlaubung ist in der Regel für das nächste Semester innerhalb der Rückmeldefrist, spätestens bis zum Beginn der Vorlesungszeit zu stellen. In den anderen Fällen ist die Beurlaubung unverzüglich nach Eintritt des Beurlaubungsgrundes zu beantragen. Dem Beurlaubungsantrag wird in der Regel nicht mehr stattgegeben, wenn der Beurlaubungsgrund nach Ablauf der Hälfte der Vorlesungszeit eingetreten ist.
 - (5) Die Beurlaubung erfolgt durch einen schriftlichen Bescheid. Die Beurlaubung wird auf der Immatrikulationsbescheinigung vermerkt.
 - (6) Die Zeit der Beurlaubung soll in der Regel zwei Semester nicht übersteigen. Zeiten der Beurlaubung nach § 9 Ziff. 5 und 6 werden nicht hierauf angerechnet. Die Beurlaubung wirkt immer für das ganze Semester. Urlaubssemester zählen als Hochschulsemester, bleiben aber bei der Berechnung der Fachsemester außer Ansatz.
 - (7) Beurlaubte Studierende nehmen nicht an der Selbstverwaltung der Hochschule teil; sind nicht berechtigt, Lehrveranstaltungen zu besuchen und Hochschuleinrichtungen, ausgenommen die bibliothekarischen Einrichtungen, zu benutzen, sind jedoch berechtigt, während ihrer Beurlaubung Prüfungen abzulegen, die nicht Teil einer Lehrveranstaltung sind. Nach § 9 Abs.1 Ziff. 5 und 6 dieser Ordnung beurlaubte Studierende sind insoweit ausgenommen als sie hiervon berechtigt sind an Lehrveranstaltungen teilzunehmen,

Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen und Hochschuleinrichtungen zu nutzen.

V. Exmatrikulation

§ 10 Exmatrikulation

- (1) Die Mitgliedschaft Studierender in der Hochschule erlischt durch Exmatrikulation. Die Exmatrikulation erfolgt auf Antrag der bzw. des Studierenden oder von Amts wegen.
- (2) Der Antrag kann jederzeit gestellt werden. Mit dem Antrag sind folgende Unterlagen vorzulegen:
 - die Entlastungsbescheinigungen der Hochschuleinrichtungen,
 - eine Verpflichtungserklärung über das Vernichten der für das nächste Semester abgespeicherten und ausgedruckten Immatrikulationsbescheinigungen,
 - ggf. eine bereits für das nächste Semester validierte Chipkarte
 - sowie ggf. ein Nachweis über bereits für das nächste Semester getätigte Zahlungen.
- (3) Die Exmatrikulation erfolgt in der Regel zum Ende des betreffenden Semesters. Eine Exmatrikulation mit sofortiger Wirkung setzt voraus, dass besondere Gründe vorliegen und nachgewiesen werden.
- (4) Die Ausgabe des Prüfungszeugnisses setzt voraus, dass Studierende den Nachweis erbracht haben, die in Benutzungsordnungen der Hochschuleinrichtungen festgelegten Pflichten erfüllt zu haben.

§ 11 Vollzug der Exmatrikulation

- (1) Die Exmatrikulation wird durch Beendigung des Studierenden-Datensatzes in der Studierendendatenbank vollzogen. Der Exmatrikulationsvermerk enthält den Tag des Wirksamwerdens der Exmatrikulation. Sofern nichts anderes bestimmt ist, wird die Exmatrikulation zum Ende des Semesters wirksam. Ordnungsgemäß Exmatrikulierten werden eine Exmatrikulationsbescheinigung und eine Bescheinigung für die Rentenversicherung ausgestellt.
- (2) Im Falle einer von Amts wegen erfolgten Exmatrikulation (§ 62 Abs. 2 und 3 LHG) werden die in Absatz 1 genannten Bescheinigungen ausgestellt, wenn sämtliche Voraussetzungen des § 10 erfüllt sind.

VI. Besondere Personengruppen

§ 12 Doktorand*inn*en

- (1) Wer eine Doktorarbeit anfertigt und als Doktorand*in angenommen worden ist, wird gemäß § 7 Abs. 4 der Promotionsordnung für die Dauer von bis zu drei Jahren immatrikuliert. Angenommene Doktorand*innen, die an der Hochschule hauptberuflich tätig sind, werden nicht immatrikuliert, wenn sie zuvor schriftlich gegenüber dem Rektorat erklärt haben, dass sie nicht immatrikuliert werden wollen. Ist ein Eignungsfeststellungsverfahren im Vorfeld der Promotion erforderlich, so erfolgt für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren eine Immatrikulation. Entsprechend werden Stipendiat*inn*en / Mitglieder eines Doktorandenkollegs immatrikuliert.
- (2) Zum Zwecke der Immatrikulation haben Doktorand*inn*en der Studienabteilung den Nachweis der Annahme als Doktorand*in bzw. für das Eignungsfeststellungsverfahren, die Promotionsvereinbarung und die sonstigen für eine Immatrikulation erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Im Falle der Verlängerung der Annahme als Doktorand*in gemäß § 8 der Promotionsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg ist der Studienabteilung die Verlängerung rechtzeitig nachzuweisen, damit die Immatrikulation ebenfalls verlängert werden kann.
- (3) Doktorand*inn*en die aufgrund der früheren Rechtslage bisher nicht immatrikuliert wurden, sind zur

Immatrikulation für den Rest der möglichen Höchstdauer gem. § 7 Abs. 4 bzw. § 8 der Promotionsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg nach Inkrafttreten dieser Änderungssatzung berechtigt, aber nicht verpflichtet. Für das Immatrikulationsverfahren gilt Abs. 2 entsprechend.

§ 13 Kurzzeitstudium (Gaststudierende)

- (1) Studierende internationaler Partnerhochschulen bzw. Studierende anderer Hochschulen, die während eines bestimmten Abschnitts ihres Studiums an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg studieren (Gaststudierende), werden nizu einem Studiengang, sondern zu einem Kurzzeitstudium eines oder mehrerer Fächer zugelassen. Die Zulassung wird in der Regel auf zwei Semester befristet. Diese eingeschränkte Zulassung berechtigt nicht zum Erwerb eines Hochschulabschlusses und nicht zur Teilnahme an Hochschulwahlen.
- (2) Studierende gemäß Abs.1 können einmalig die Verlängerung des Kurzzeitstudiums um ein Semester beantragen. Die Verlängerung innerhalb der Bewerbungsfrist gemäß § 3 Abs. 1 in der Studienabteilung schriftlich zu stellen.
- (3) Die Abs. 1 und 2 gelten entsprechend, falls durch Satzung die Möglichkeit eines studienvorbereitenden Semesters eingerichtet wird (§ 60 Abs. 1 LHG).

§ 14 Gasthörer*innen

- (1) Auf Antrag können interessierte Personen, die eine hinreichende Bildung nachweisen, zur Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen als Gasthörer*in zugelassen werden, sofern die Gasthörergebühr auf dem Konto der Hochschule eingegangen ist (§ 64 Abs. 1 LHG).
- (2) Der Antrag auf Zulassung als Gasthörer*in ist auf dem bereitgestellten Formular innerhalb der ersten 2 Vorlesungswochen beim Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) zu stellen.
- (3) Durch eine Zulassung als Gasthörer*in wird die Erlaubnis zum Besuch bestimmter Lehrveranstaltungen für die Dauer eines Semesters erteilt. Die Erlaubnis ist auf 10 Semesterwochenstunden begrenzt.
- (4) Den Gasthörer*innen wird für die Dauer der Teilnahme ein Gasthörerausweis ausgestellt. Gasthörer*innen haben nur zu den im Gasthörerausweis angegebenen Lehrveranstaltungen Zutritt.

§ 15 Kontaktstudium

Die Zulassung zum Kontaktstudium ist beim Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW/CLPD) bzw. beim Kontaktstudium Kulturmanagement beim Institut für Kulturmanagement zu beantragen.

VII. Sonstiges

§ 16 Migrierte Lehrkräfte

Migrierte Lehrkräfte können sich auf der Grundlage eines Bescheids des Regierungspräsidiums Tübingen für ein Nachstudium im erforderlichen Umfang an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg immatrikulieren. Weitere Regelungen finden sich in einer Rahmenvereinbarung der Pädagogischen Hochschulen.

§ 17 Befristete Forschungsaufenthalte

Studierende einer anderen Hochschule können für einen vorübergehenden Forschungsaufenthalt an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für die Dauer von ein bis zwei Semestern immatrikuliert werden, sofern die zuständige Fakultät das Vorliegen der Voraussetzungen bestätigt (§ 60 Abs. 1 S. 8 LHG).

§ 18 Meldepflichten

- (1) Der Verlust des Studienbuches oder des Studienausweises ist der Studienabteilung unverzüglich anzuzeigen.

- (2) Der Studienabteilung sind ferner alle Änderungen der im Studierendenregister erfassten Daten unverzüglich anzuzeigen.

§ 19 Nachfristen

- (1) Wer die in dieser Satzung vorgesehenen Antragsfristen aus Gründen versäumt, die er nicht zu vertreten hat, kann auf Antrag eine Nachfrist erhalten. Dies gilt nicht für Ausschlussfristen.
- (2) Nachfristen sind so kurz wie möglich zu bemessen. Sie dürfen nur von der Hochschulleitung oder der bzw. dem zuständigen Abteilungsleiter*in gewährt werden.
- (3) Für eine verspätete Immatrikulation oder Rückmeldung, einen verspäteten Teilstudiengangwechsel, die Rücknahme der Exmatrikulation, die Rückgabe des Studienplatzes nach Semesterbeginn sowie verspätetes Belegen wird eine Gebühr auf der Grundlage der Gebührenverordnung (Gebührenverzeichnis) erhoben.

VIII. Schlussvorschriften

§ 20 Inkrafttreten

(siehe Anmerkungen)

Anmerkungen zum Inkrafttreten:

Die Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg vom 27. Februar 2018 tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft. Die Zulassungs- und Immatrikulationsordnung vom 6. August 2014 tritt gleichzeitig außer Kraft.

In der vorstehenden Arbeitsfassung der PH Ludwigsburg ist die nachfolgend aufgeführte Änderung eingearbeitet:

Erste Änderung vom 9. Mai 2019 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 21/2019, S. 39), in Kraft getreten zum 1. April 2019.

Ludwigsburg, den 27. Februar 2018

Zweite Änderung vom 25. Mai 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 49/2020, S. 169), in Kraft getreten am 26. Mai 2020.

Dritte Änderung vom 8. Mai 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 35/2020, S. 150), in Kraft getreten am 9. Mai 2020.

Vierte Änderung vom 28. Juli 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 59/2020, S. 189), in Kraft getreten zum 23. Juli 2020 (Eilentscheid Rektorat).

Fünfte Änderung vom 9. September 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 71/2020, S. 221), in Kraft getreten am 10. September 2020 (Eilentscheid Rektorat).

Sechste Änderung vom 13. Dezember 2021 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 54/2021, S. 121), in Kraft getreten am 14. Dezember 2021.

Siebte Änderung vom 5. Februar 2025 (Amtliche Bekanntmachungen der PH Ludwigsburg Nr. 2/2025, S. 3), in Kraft getreten am 6. Februar 2025.

Prof. Dr. Martin Fix
Rektor